



Umwelt-Schecks

28.9.2022 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen ein Förderprogramm für ehrenamtliches Engagement zur Stärkung von heimischer Artenvielfalt und Natur auflegen. In einem Antrag (18/963) schlagen die regierungstragenden Fraktionen sogenannte Umwelt-Schecks vor. Sie sollen als Anschubfinanzierung und unbürokratische Unterstützung kleinerer Projekte dienen. Als Beispiele genannt werden u. a. das Anlegen von Wild- und Obstbaumwiesen, Bachpatenschaften oder der Bau von Nistkästen und Insektenhotels. „Das Angebot soll dabei von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, der Nachbarschaft oder von Vereinen und Initiativen in Anspruch genommen werden können, um unsere Städte und Gemeinden grüner und nachhaltiger zu machen.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. FDP und AfD stimmten dagegen. Ein Änderungsantrag der SPD (18/1062) wurde abgelehnt.

Weiterführende Schulen

28.9.2022 – Die FDP-Fraktion fordert gleiche Verfahren für die Anmeldung an weiterführenden Schulen. Das aktuelle Anmeldeverfahren werde als „sehr aufwendig und oftmals ungerecht“ wahrgenommen, schreibt die Fraktion in einem Antrag (18/979). In Köln etwa habe die Vergabe der Schulplätze zuletzt zu großen Enttäuschungen geführt. Zudem seien Mehrfachanmeldungen möglich gewesen, von denen in großem Umfang Gebrauch gemacht worden sei. Sie erschwerten das Verfahren und zögen es in die Länge. Das aktuelle Anmeldeverfahren behandle Schulformen zudem ungleich. Gesamtschulen werde teilweise ein vorgezogenes Anmeldeverfahren ermöglicht, das Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien benachteilige. Die FDP-Fraktion schlägt daher ein „digital

arbeitendes zentrales Anmeldeverfahren“ vor, wie es für Hochschulen bestehe. Es erlaube, die Vergabe der Schulplätze „transparenter und effektiver“ zu gestalten. Mit der Möglichkeit zur Priorisierung von je nach Standort bis zu drei Schulen könne den Wünschen und Bedarfen von Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern gezielter entsprochen werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Volkshochschulen

28.9.2022 – Die Landesregierung solle sich dafür einsetzen, dass die Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulen auch künftig gewährleistet bleibe. Dies fordern die Fraktionen von CDU und Grünen. Ein entsprechender Antrag (18/961) wurde einstimmig angenommen. Die 131 Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen seien für die Weiterbildung der Bevölkerung von großer Bedeutung. Bezüglich der Umsatzsteuerbefreiung sähen sie jedoch „unsicheren Zeiten entgegen“, heißt es im Antrag. Hintergrund sei die kommunale Umsatzsteuerpflicht ab 2023. Sie werfe viele Fragen auf. Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesfinanzhofs lasse Einschränkungen bei der Steuerbefreiung befürchten. Eine Umsatzsteuerpflicht würde sich, so CDU und Grüne, unmittelbar auf die Kursgebühren auswirken: „Insbesondere bei Angeboten wie Kursen der Grundbildung, Sprach- und Integrationskursen oder beruflicher Qualifizierung und Weiterbildung darf der Geldbeutel nicht über eine Teilnahme entscheiden.“

Schutzschirm

28.9.2022 – Einen 200-Millionen-Euro-Schutzschirm fordert die SPD-Fraktion von der Landesregierung. Mit diesem Geld sollen sozi-

al- und gesundheitsbezogene Einrichtungen unterstützt werden. Anbieter sozialer Dienste oder sozialer Dienstleistungen, Gesundheitseinrichtungen, Alten- und Pflegeheime oder die Lebenshilfe würden durch die derzeit steigenden Kosten infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hart getroffen, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/972). „Durch die stark steigenden Betriebskosten fürchten die Einrichtungen nun, dass sie nicht zahlungsfähig bleiben und somit ihre Existenz nicht aufrechterhalten können.“ Gerade kleine soziale Träger seien betroffen, da sie keine finanziellen Rücklagen besäßen. Mit einem Schutzschirm könne eine Schließungswelle der sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen sowie eine Umlage der steigenden Kosten auf die Menschen abgewendet werden. Der Antrag sowie ein Entschließungsantrag der AfD (18/1071) wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Geflüchtete

28.9.2022 – Kommunen müssten bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entlastet werden. Dies fordert die FDP in einem Antrag (18/978) von der Landesregierung. In den Unterbringungseinrichtungen des Landes müssten kurzfristig zusätzliche Kapazitäten für die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine bereitgestellt werden, um die Städte und Gemeinden zu entlasten. Diese benötigten finanzielle Hilfen. Die Landesregierung solle sich zudem für ein zeitnahe Gipfeltreffen von Ländern und Kommunen mit dem Bund einsetzen. Infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine seien bislang mehr als 200.000 Menschen nach Nordrhein-Westfalen geflüchtet. Zugleich steige die Zahl der Asylsuchenden aus anderen Ländern weiter an. Diese Entwick-



lungen führten zu Engpässen bei der Unterbringung und Versorgung. Die kommunalen Spitzenverbände warnten davor, dass Städte und Gemeinden an ihre Grenzen stießen. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt ebenso wie Entschließungsanträge der SPD ([18/1063](#)) und der AfD ([18/1065](#)).

Lehre und Forschung

28.9.2022 – Die AfD-Fraktion fordert, die Einführung einer Kodifizierung der Wissenschaftsfreiheit am Beispiel des sogenannten Hamburger Modells an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu prüfen. Die Universität der Hansestadt habe mit dieser Kodifizierung auf Proteste gegen die Lehrtätigkeit des ehemaligen Vorsitzenden der AfD, Bernd Lucke, an der Hochschule reagiert, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([18/988](#)). Immer wieder komme es zu Protesten beispielsweise wegen Vorträgen an Hochschulen, auch in Nordrhein-Westfalen. Die Freiheit der Wissenschaft sei aber ein hohes Gut „und insbesondere für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unverzichtbar“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen.

Energie und Kultur

28.9.2022 – Um Auswirkungen der Energiekrise auf den Kulturbetrieb ging es in einem Antrag der SPD-Fraktion ([18/971](#)), mit dem sich der Landtag befasst hat. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, ein Handlungskonzept vorzulegen, damit der Kulturbetrieb trotz steigender Energiekosten aufrechterhalten werden könne. Die Akteure der Kulturbranche benötigten Beratung, um wirkungsvolle Energiesparmaßnahmen umsetzen zu können. Die SPD mahnt darüber hinaus Hilfsprogramme für Einrichtungen und Kommunen an. Kulturelle Angebote und Begegnungen seien „der Kitt, der unsere Gesell-

schaft zusammenhält. Deshalb braucht es gerade in der Krise nicht weniger, sondern mehr Kultur“, heißt es in dem Antrag weiter. Dieser wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) überwiesen.

Sprach-Kitas

29.9.2022 – Die Fraktionen von SPD und FDP fordern, das Programm „Sprach-Kitas“ zu verlängern. Seit 2016 fördere das Bundesprogramm die sprachliche Bildung in Kitas, schreiben die Fraktionen in einem Antrag ([18/977](#)), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Ende 2022 laufe die Förderung aus. Entschiedener Widerspruch sei von Familienministerin Josefine Paul (Grüne) nicht zu vernehmen gewesen. Dabei erhielten im aktuellen Kita-Jahr 1.491 Kitas in Nordrhein-Westfalen eine Förderung. Mehr als jede achte Kita nehme am Programm teil. Sprach-Kitas seien ein „wesentlicher Bestandteil zur Sicherung von Integration und Chancengleichheit“. Einrichtungen bräuchten „schnellstmöglich“ Klarheit über eine Weiterfinanzierung. Die Landesregierung müsse sich dafür beim Bund einsetzen. Sofern Bundesgelder nicht ausreichten, müssten Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt, die AfD enthielt sich.

Atomkraft und Kohle

29.9.2022 – Die AfD-Fraktion möchte Atom- und Kohlekraftwerke dauerhaft in Betrieb lassen oder wieder ans Netz nehmen, sofern diese bereits abgeschaltet wurden. In einem Antrag ([18/987](#)), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben, kritisiert die AfD eine „politisch gewollte Geiselhaft der Energiewende“. Es gebe keine „wettbewerbsfähigen großtechnischen Verfahren“ für die Speicherung von Erneuerbaren Energien. Die Gaspreise hätten sich schon lange vor

dem Ukraine-Krieg nach oben entwickelt. Der Strompreis sei nach dem Abschalten von Kohle- und Atomkraftwerken „mit in die Höhe geschossen“. Neben der erneuten Inbetriebnahme dieser Werke solle sich die Landesregierung auch für die „langfristige Nutzung der Braunkohle“ einsetzen. Nötig seien zudem die Abschaffung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe sowie eine Halbierung der Energiesteuer. Der AfD-Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Laufende Gesetzgebung

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022) | [18/900](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. September 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes | [18/928](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. September 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [18/997](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. September 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales
Grundsteuergesetz Nordrhein-Westfalen (GrStG NW) | [18/49](#) (Neudruck) | FDP | 2. Lesung am 29. September 2022 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW | [18/570](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | 2. Lesung am 28. September 2022 / verabschiedet

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der medizinischen Technologie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [18/63](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung